

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfakasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petizelle oder deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Reichstarifvertragsverhandlungen im Baugewerbe.

Am 11. und 12. Februar sind die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichstarifvertrages für das Baugewerbe fortgesetzt worden. Sie fanden wiederum im Reichsarbeitsministerium in Berlin statt, unter Mitwirkung derselben Herren Unparteiischen, die an den letzten Verhandlungen im Januar beteiligt waren. Die Verhandlungen haben, um es gleich vorweg zu sagen, zu einem Ergebnis nicht geführt, und zwar deshalb nicht, weil zwischen den Parteien eine Verständigung über den wichtigsten Streitpunkt, die Arbeitszeit, nicht erzielt werden konnte.

Am Schluß der Januarverhandlungen hatte der Vorsitzende, Herr Senatspräsident Dr. Spiegelthal, den Parteien eine Anregung mit auf den Weg gegeben, dahingehend, in einem Zusatz zu § 3 des früheren Reichstarifvertrages möge bestimmt werden, daß für 7 Monate im Jahre eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich verlangt werden könne, daß diese neunte Stunde mit einem Zuschlag von 10 % zu bezahlen sei, daß aber die gesamte Jahresarbeitszeit 300mal 8 Stunden nicht überschreiten dürfe.

Von den Arbeitervertretern war schon während der Januarverhandlungen der von ihnen bereits im Februar 1925 gemachte Vorschlag erneut eingebracht worden, in § 4 des früheren Reichstarifvertrages einen Zusatz aufzunehmen, daß außer den Ueberstunden, die in diesem Paragraphen näher bezeichnet seien, noch Ueberstunden mit Zustimmung der örtlichen oder bezirklichen Organisationsvertreter gefordert und geleistet werden könnten, wenn ein zeitlich nicht behebbarer Mangel an Arbeitern die Einstellung weiterer Arbeitskräfte unmöglich mache und dadurch die Fertigstellung von Bauten, insbesondere Wohngebäuden, verzögert werde. Diese Ueberstunden seien mit einem Zuschlag von 10 % zu entschädigen.

In den Verhandlungen am 11. Februar erklärten die Arbeitervertreter, daß sie der Anregung des Herrn Vorsitzenden vom Januar nicht stattgeben könnten. Die Gründe ihrer ablehnenden Haltung seien hinreichend bekannt. In einer Zeit, wo Hunderttausende von Arbeitern des Baugewerbes teils monatelang arbeitslos seien, und wo nach den bisher vorliegenden Anzeichen auch im bevorstehenden Baujahr auf ausreichende Beschäftigung schwerlich gerechnet, viel eher das Gegenteil angenommen werden könne, über eine Arbeitszeiterweiterung auch nur zu verhandeln, sei unmöglich. Wenn wider Erwarten die Baustätigkeit so rege werden sollte, daß sie mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht bewältigt werden könne, wenn besonders der Wohnungsbaueine Förderung notwendig habe, dann seien die Arbeiter, wie es auch ihr Vorschlag besage, zur Ueberstundenarbeit bereit. Darüber hinaus könnten sie nicht gehen. Von den Vertretern der Unternehmer wurde erklärt, daß sie diesen Vorschlag der Arbeiter für ungeeignet hielten, als Grundlage für weitere Verhandlungen zu dienen. Eine weitere Anregung des Herrn Vorsitzenden, in 6 Sommermonaten die Arbeitszeit auf 52 Stunden festzusetzen, und zwar an 5 Tagen je 9 und Sonnabends 7 Stunden, wurde von den Vertretern der Unternehmer als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichnet, während die Arbeitervertreter darauf beharrten, daß für jede verlangte Mehrarbeit die von ihnen bereits aufgezeigten Voraussetzungen vorhanden sein müßten: Arbeitshäufung, Arbeitermangel usw., und daß die Mehrarbeit, die fristlich zu begrenzen sei, mit einem Zuschlag bezahlt und eine entsprechende Bestimmung in § 4 aufgenommen werden müsse. Eine solche Regelung bedinge jedoch, daß die Unternehmer auch in den übrigen wichtigen Streitpunkten Entgegenkommen zeigten, vor allem auch Sicherungen hinsichtlich der Löhne gegeben werden müßten. Bei dieser gegensätzlichen Auffassung der Parteien in den allerwichtigsten Fragen war es nicht möglich, weder am ersten noch am zweiten Verhandlungstage zu einer Verständigung

zu kommen. Auch der Versuch einer noch kleineren Kommission, die Gegensätze zu überbrücken, scheiterte. Die Unternehmervertreter verlangten ganz generell eine verlängerte Arbeitszeit; die Voraussetzungen, die die Arbeitervertreter für eine Mehrarbeit geltend machten, müßten fallen. Die Arbeitervertreter beharrten auf diesen Voraussetzungen, wie sie auch auf Zahlung eines Zuschlages für solche Mehrarbeit bestanden. So mußten gegen Abend des zweiten Tages, am 12. Februar, die Verhandlungen, die sich ausschließlich um die Arbeitszeitfrage gedreht hatten, als gescheitert angesehen werden.

Am Abend des zweiten Tages sowie am 13. Februar wurde auf Grund einer Anregung des Vorsitzenden Dr. Spiegelthal über die Behandlung und Erledigung von eventuellen Lohnstreitigkeiten nach Ablauf der Lohnabkommen am 31. März verhandelt. Diese Verhandlungen gestalteten sich nicht minder schwierig als die über die Arbeitszeitfrage. Ueber ihr Ergebnis können wir erst in der nächsten Nummer des „Zimmerer“ berichten.

Die Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe vom 9. Oktober 1924 wurde mit Zustimmung beider Parteien dahin geändert, daß in Ziffer 2, Zeile 2, hinter dem Worte „Arbeitgeber“ die Worte „oder dessen Stellvertreter“ eingeschaltet werden.

Unsere statistischen Feststellungen vom 30. Januar 1926.

901 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 85 688 nachgewiesen, darunter 7376 Lehrlinge. Arbeitslos waren 41 684 oder 48,64 % und frank 2931 oder 3,41 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	Arbeitslos	Frank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	51	2911	284	2362	76
Brandenburg	106	10022	704	4669	420
Pommern	52	4220	369	1858	49
Grenzmark	10	465	65	357	13
Schlesien	82	8155	1020	5508	251
Sachsen	71	5739	417	2600	180
Schleswig-Holstein	40	2521	251	1229	100
Hannover	70	3717	221	1964	96
Westfalen	29	1870	168	1087	79
Hessen-Nassau	19	2721	142	1287	85
Rheinland	25	3397	172	1612	119
Hohenzollern	—	—	—	—	—
Preußen	555	45738	3813	24533	1468
Bayern	76	5485	369	2703	230
(Rheinpfalz)	4	135	7	83	10
Sachsen	61	15757	1716	5902	491
Württemberg	24	1523	65	645	85
Baden	12	1679	109	389	110
Thüringen	53	3859	299	2259	107
Hessen	10	1000	92	419	37
Mecklenburg-Schwerin	52	1829	182	1130	80
Mecklenburg-Strelitz	9	286	42	179	9
Oldenburg	10	684	71	311	21
Braunschweig	13	745	48	409	25
Anhalt	10	652	47	261	23
Schaumburg-Lippe	3	133	9	83	4
Lippe-Deinold	3	85	11	70	—
Waldeck	1	18	3	18	—
Lübeck	1	459	72	200	10
Bremen	1	1178	76	384	72
Hamburg	2	3490	297	1013	81
Deutsches Reich	900	84735	7328	40991	2863
Danzig	1	953	48	693	68
Insgesamt	901	85688	7376	41684	2931

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 19. Dezember hat sich die Arbeitslosenziffer von 36,97 auf 48,64 % erhöht, die Krankenziffer von 3,70 auf 3,41 % verringert. 51 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis vom 19. Dezember stellt sich, nachdem noch 107 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 867 Zahlstellen mit zusammen 85 040 Mitgliedern, darunter 7365 Lehrlinge, waren 31984 Mitglieder arbeitslos und 3125 frank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 27. Februar.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bewerbungen

für die gewerkschaftlichen Bildungsschulen.

Auf Grund der im „Zimmerer“ Nr. 38 vorigen Jahres veröffentlichten Richtlinien für den Besuch der gewerkschaftlichen Bildungsschulen haben sich insgesamt 19 Kameraden gemeldet. Leider stehen unserem Verband für dieses Jahr nur drei Plätze zur Verfügung, so daß nicht alle Bewerber berücksichtigt werden konnten. Die drei in Aussicht genommenen Kameraden, die dem ADGB in Vorschlag gebracht worden sind, haben Mitteilung erhalten. Die übrigen Bewerber müssen daher einstweilen zurücktreten; auf ihre Bewerbungen wird jedoch bei der Auswahl der Schüler für den nächsten Lehrgang Bezug genommen. Vorläufig allen Bewerbern besten Dank. Der Zentralvorstand.

Kassengeschäftliches.

Vorschüsse zur Erwerbslosenunterstützung werden von einigen Zahlstellen in der ungenauesten Form angefordert. Wir weisen daher zum wiederholten Male darauf hin, daß Vorschüsse nur angefordert werden dürfen, wenn die laufenden Einnahmen und die etwa am Orte verbliebenen Hauptkassenbeträge den wöchentlichen Bedarf nicht decken; der für die Woche fehlende Betrag ist auf 5 M nach oben abgerundet anzufordern.

Zum Zwecke der Geldbestellung muß unter allen Umständen eine vorgedruckte Geldbestellkarte, die fünf Fragen enthält, verwendet werden. Diese Karte muß außer dem Namen des Kassierers auch die Unterschrift von noch zwei Vorstandsmitgliedern oder Revisoren, ebenso den Stempelabdruck der Zahlstelle enthalten. Andere Bestellungen, ebenso unvollständig ausgefüllte Geldbestellkarten werden nicht berücksichtigt. Es ist auch nicht möglich, in allen Fällen unkorrekter Geldanforderung dessentwegen mit der Zahlstelle in Korrespondenz zu treten, da es uns hierzu infolge der großen Zahl der wöchentlich einlaufenden Geldbestellungen (zirka 350) an Zeit mangelt. Es muß daher von allen Kassierern beachtet werden, was im Merkblatt und in den wiederholten Bekanntmachungen hierüber angedeutet worden ist.

Die Einbindung der wöchentlich vereinbarten Zentralfondsbeiträge, soweit solche in der Zahlstelle nicht für Erwerbslosenunterstützung in der laufenden Woche benötigt werden, muß jeweilig sofort erfolgen. Nicht zum Ueberfluß ist von den Zentralinstanzen die Maßnahme der Doppelbeiträge am 6. Februar usw. getroffen worden; die enormen Anforderungen an die Hauptkasse verlangen eine prompte Ablieferung der eingegangenen Beitragssummen an die Zentrale, andernfalls ist dieselbe nicht in der Lage, den Anforderungen gerecht zu werden. Jeder Zahlstellenkassierer ist daher verpflichtet, wöchentlich die nicht für zentrale Zwecke benötigten Beiträge einzufenden.

Holst Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Differenzen in Dortmund. Die gegenwärtige Krise im Baugewerbe ermutigt die Unternehmer in ihren Bestrebungen, die Arbeitszeit zu verlängern. Vielfach suchen sie durch Diktat zu erreichen, was ihnen auf dem Wege der Verhandlungen nicht möglich war. Zu den Unternehmern, die ein derartiges Verfahren belieben, gehört die Firma Züplin, Duisburg, die gegenwärtig am Südbahnhof in Dortmund Bauarbeiten ausführt. Am 27. Januar teilte der Polier mit, daß vom 28. Januar an täglich 8½ Stunden gearbeitet werden müsse. Von unsern Kameraden wurde durch den Obmann gegen die Maßnahmen der Unternehmer Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß das Verlangen der Firma eine Verletzung der vertraglichen Bestimmungen sei. Die Firma ließ sich jedoch nicht von ihrem Vorhaben abbringen und verlangte die Durchführung der Arbeitszeit. Als unsere Kameraden sich weigerten, wurden sie am 29. Januar entlassen. Die Firma versuchte nun Zimmerer aus Duisburg zu holen, die länger arbeiten sollten; sie sah sich darin aber enttäuscht; denn nachdem die Kameraden erfahren hatten, was auf dem Spiele stand, stellten auch sie die Arbeit ein. Mit dieser Solidarität hatte die Firma nicht gerechnet; sie erklärte sich nunmehr bereit, die vor dem Konflikt an der Baustelle beschäftigten Zimmerer zu den alten Bedingungen wieder einzustellen; nur der Obmann sollte nicht wieder ansagen. Die Organisation hat die nötigen Schritte unternommen, um der Firma zu zeigen, daß sie nicht tun kann, was sie will.

Berichte aus den Zahlstellen.

Brandenburg a. d. S. Am 7. Januar fand unsere mäßig besuchte Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war reichhaltig und wies wichtige Punkte auf. Nach Bekanntgabe der Abrechnung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende berichtete über die Ereignisse des letzten Jahres. Nur durch das solidarische Handeln der Kameraden war es möglich, den Anschlag der Unternehmer abzuwehren. Weiter erinnerte der Vorsitzende die Kameraden an die Erfüllung ihrer Pflichten dem Verbandsgegenüber. Am 10. Oktober konnte die Zahlstelle auf ihr dreißig-jähriges Bestehen zurückblicken. Bei diesem Anlaß wurde eine kleine Feier veranstaltet. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und die Versammlung geschlossen.

Breslau. In der am 12. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden zunächst die Vorstandswahlen vorgenommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Schmidt, der auf tragische Weise ums Leben gekommen war, in üblicher Weise geehrt. Bei den nun folgenden Wahlen zum Vorstand wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Gegen die Geschäftsführung des Kameraden Goldschmidt wurden gleichfalls Einwendungen nicht erhoben und seine Wahl auf ein weiteres Jahr bestätigt. Darauf wurde die Aufstellung der Kandidaten für den Verbandstag vorgenommen, deren Wahl in der am 27. Januar stattfindenden Versammlung erfolgen soll. Unter „Verbandsangelegenheiten“ brachte Kamerad Goldschmidt ein Rundschreiben des Ortsausschusses zur Kenntnis. Agenten von Ersatzklassen halten nach Mitgliedern in den Betrieben Umschau, wobei diese sich an die Vertrauensleute wenden und ihnen hohe Provisionen versprechen. Die Arbeiterchaft möge daher diese Schwindelkassen meiden, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen. Ein anderes Schreiben, das dem Bauhüttenbetriebsverband zugeflogen ist und vom Wohlfahrtsminister an die Unternehmer gelangt ist, besagt, daß unsere Löhne zu hoch seien und einer Umarbeitung bedürfen, desgleichen in kurzer Zeit ein fester Tarifabschluß erfolgen müsse. Das ganze Schriftstück gibt zu erkennen, daß sie unsere starken Organisationen und deren Schlagkraft fürchten. Kamerad Schmidt wies in der Aussprache auf die Schlagkraft unseres Verbandes im vorigen Jahre hin. Die vielen und zeitweise langen Streiks und Aussperrungen haben gezeigt, daß wir vor nichts zurückschrecken. Die Kameraden mögen dies beherzigen und in Zukunft weiter für die Stärke unseres Verbandes Sorge tragen. Eine längere Aussprache entwickelte sich alsdann noch über die Ersatzklassen, Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ und „Volkshilfe“. Vor den Ersatzklassen kann nicht dringender gewarnt werden, da in Betracht gezogen werden muß, gegen wen diese Gelder von Privatfirmen später zur Verwendung gelangen. Ein jeder möge unsere Einrichtungen benutzen, wo die Gelder in unserm Sinne Verwendung finden und mit deren Hilfe Einrichtungen geschaffen werden sollen, die zur Eigenproduktion führen, mit der das Privatkapital bekämpft werden soll. Nach dieser anregenden Aussprache erfolgte Schluß der Versammlung.

In der am 27. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung gab Kamerad Goldschmidt zunächst den Jahresbericht, aus dem folgendes zu entnehmen war: Die Bautätigkeit, wie sie am Ende des Jahres 1924 geplant war, setzte im Jahre 1925 nicht so ein, wie es alle erwartet haben. Das Regierungsprogramm, das eine umfangreiche Wohnungsbeschaffung vorsah, kam nicht zustande. Eine große Schuld ist wohl den Industriellen beizumessen, die Kredite für ihre verachteten Unternehmungen forderten und so den Wohnungsbau sabotierten. Eine weitere Schuld war die Zusammensetzung der Regierung, die diesen Herren zu willig war und ihnen alles opferte. Die Arbeitslosigkeit, die einsetzte, bewies das zur Genüge. Im Januar waren 90 Kameraden arbeitslos, im Februar 83, März 97, April 23, Mai 17, Juni 11, Juli 43, August 89, September 78, Oktober 81, November 127, Dezember 312, und jetzt sind es 700 Kameraden. Als ein großer Unfug muß es bezeichnet werden, wenn es fortwährend heißt, es mangle an gelerntem Bauhandwerkern; die Zahlen beweisen, daß es das ganze Jahr hindurch arbeitslose Kameraden gegeben hat. An Lehrlingen gab es vor dem Kriege höchstens 90 an der Zahl im Jahre; seit ungefähr 3 Jahren haben wir etwas über 300 im Jahre. Durch die große Arbeitslosigkeit konnten auch die Lohnaufbesserungen gegenüber der steigenden Teuerung nicht so erfolgen, wie wir es gewünscht hätten. Dennoch können wir uns zufriedengeben mit dem, was bisher erreicht worden ist. Am Anfang des Jahres betrug der Stundenlohn 64 M , jetzt 1,05 M . Auch hierbei setzten die Industriellen alle Macht ein, den Lohn im Baugewerbe nicht höher steigen zu lassen, da sonst die Industriearbeiter ebenfalls höhere Löhne verlangen würden. Besonders Widerstand berurachteten die Betonfirmen, mit denen wir 14 Tage im harten Kampfe standen und die den Lohn, der im Baugewerbe festgesetzt war, nicht zahlen wollten. Ein Erfolg dieser Errungenschaft war das vom Vorstand vertretene System der Teilstreiks. Durch die geringe Zahl der Beteiligten wird zunächst einmal die Zentralkasse nicht so belastet, und andererseits können den Beteiligten von den in Arbeit stehenden Kameraden höhere Zuwendungen gemacht werden. Die Kameraden müssen dies in Zukunft mehr beachten, wenn Erfolge gezeitigt werden können, die wenig Ausgaben verursachen. Die Gesamteinnahme betrug 56 150,36 M , die Ausgabe der Lokalkasse 14 664,74 M . Der Lokalfassenbestand betrug am Ende des Jahres 9346,65 M . Der Mitgliederbestand betrug 1055 am Jahreseschluß. Im Berichtsjahre haben 14 Vorstandssitzungen, 13 Mitgliederversammlungen und 6 Lehrlingsversammlungen stattgefunden. In 21 auswärtigen Versammlungen war die Geschäftsleitung tätig gewesen. Die Agitation von seiten der Mitglieder hätte zu verschiedenen Zeiten schärfer einsetzen müssen, was leider nicht geschah. Die Bautätigkeit für das Jahr 1926 sei nicht sehr erfreulich; große Hoffnungen kann man vorerst nicht erwecken. Einen schweren Kampf werden wir um die Arbeitszeit zu bestehen haben. Der Achtstundentag ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Um ihr Ziel zu erreichen, werden die Unternehmer auch in diesem Jahre alles mögliche versuchen, die Ver-

längerung der Arbeitszeit durchzusetzen. Das Verhalten einiger Kameraden bei Betonfirmen kann hierbei nicht unerwähnt bleiben, die den Unternehmern noch eine Handhabe bieten. Tarifliche Vereinbarungen werden von diesen Kameraden bei auswärtigen Arbeiten außer acht gelassen und 9 bis 10 Stunden am Tage gearbeitet. In Zukunft werden unsere Kameraden aus der Provinz ein größeres Augenmerk darauf lenken und die Namen derjenigen Kameraden unserer Zahlstelle mitteilen müssen, damit jene zur Rechenschaft gezogen werden können. Jedes Mitglied sollte stolz darauf sein, daß der Achtstundentag im Baugewerbe erhaltenegeblieben ist. Kamerad Schmidt erwähnte noch zum Geschäftsbereich, daß es trotz der großen Schwierigkeiten und der großen Arbeitslosigkeit erfreulich ist, daß die Zahlstelle sich auf der Höhe gehalten habe und den Stand von 1065 Mitgliedern halten konnte. Auch ein erfreuliches Zeichen, daß unsere Organisation sich auf dem besten Wege befindet und die Kameraden sie zu schätzen verstehen. Kamerad Schmidt behandelte hierbei noch die Rassenverhältnisse unseres Verbandes und betonte, daß es bisher immer noch möglich war, unsern Kameraden die volle Unterstützung zu zahlen, was bei andern Organisationen infolge der großen Arbeitslosigkeit nicht mehr möglich gewesen ist. Hierauf erfolgte die Wahl der Delegierten und die Beratung der Anträge zum Verbandstag. Wegen vorgerückter Zeit mußten die andern Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung vertagt werden, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Dresden. Am 31. Januar fand im Dresdner Volkshaus unsere außerordentliche Zahlstellenversammlung statt. Zum 1. Punkt hatte Kamerad Luther als städtischer Baukontrolleur das Wort zum Vortrag über „Bauarbeiterchutz“. Er ging des näheren auf die Entwicklung des Bauarbeiter-schutzes und die dadurch entstehenden Notwendigkeiten ein. Als Träger desselben nannte er die Berufsgenossenschaft, die sich der im Beruf verunglückten Arbeiter annimmt. Wenn auch Fortschritte auf dem Gebiete des Bauarbeiter-schutzes zu verzeichnen sind, so löse das durchaus keine Befriedigung aus. Hier müsse von den in Frage kommenden Kreisen darauf hingewirkt werden, daß nun endlich einmal von Reichs wegen etwas geschaffen wird. Aber vom Reich sei nicht viel zu erwarten, denn von dieser Stelle aus habe man es den einzelnen Bundesstaaten überlassen. In Sachsen sei man auch nicht über den Rahmen der allgemeinen Vorschriften des Baugesetzes hinausgegangen. Deshalb ergebe sich für die Gewerkschaften die Pflicht, weite Kreise der Mitglieder für die Bauarbeiterchutzbestimmungen zu interessieren, was wohl zum Teil schon durch Lichtbildervorträge von Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaft in liebenswürdiger Weise getan worden sei. Der Besuch dieser Veranstaltungen zeige aber das richtige Interesse noch nicht. Es sei an der Zeit, daß alles daran gesetzt wird, um das, was während des Krieges in bezug auf sittliche und sanitäre Bauarbeiterchutzeinrichtungen verlorengegangen ist, wieder zu erreichen. Wenn nun die sächsische Regierung gewillt sei, ein neues Baugesetz herauszugeben, so ergebe sich für unsere Beauftragten die Pflicht, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen. Aber große Erfolge dürfe man sich auch hier nicht versprechen. Im übrigen dürfte die im März stattfindende Bauarbeiterchutzkonferenz wohl etwas Einheitsliches schaffen. Weiter gab der Referent einiges amtliches Zahlenmaterial über die Unfälle in der Nachkriegszeit bekannt, woraus zu entnehmen war, daß auch die Bauarbeiterchaft zum großen Teil an der Verhütung von Unfällen mithelfen konnte. Was die Spitzenorganisation betreffe, sei erfreulich festgestellt, daß alle vorkriegszeitlichen Stellen für den Arbeiter-schutz wieder besetzt worden seien. Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Referent alle Anwesenden auf, im Interesse der Bauarbeiter mitzuarbeiten. In der darauf folgenden Aussprache wurde gefordert, den Bezirken Referentenmaterial in diesem Sinne zu überweisen. Die Zahlstellenverwaltung nahm dies zur Kenntnis, und wird, wenn es von den Bezirken verlangt wird, Referate in diesem Sinne zu halten, diesem Verlangen gern Rechnung tragen. Im übrigen konnte Kamerad Luther in seinem Schlußwort feststellen, daß die Delegierten nicht gegenteiliger Meinung waren. Im Anschluß hieran wurden die „Anträge zum Verbandstag, die von den Bezirken gestellt waren und den Delegierten im Druck vorlagen, von den einzelnen Bezirksdelegierten begründet. Nach erfolgter Aussprache wurde der Antrag des 27. Bezirks sowie der Antrag des 36. Bezirks, der dem Sinne nach ersterem gleichkommt, gegen 2 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des 4. Bezirks erledigt sich durch das in Vöde vorzunehmende Volksbegehren. Der Antrag des 39. Bezirks wurde nach genügender Aufklärung, zurückgezogen. Der Antrag des 15. Bezirks wurde gegen 21 Stimmen angenommen. In der hierauf vorgenommenen Wahl der Delegierten zum Verbandstag wurden im ersten Wahlgange die Kameraden Lichtenberger, Dehmichen, Camenz und Klink, und durch Stichwahl die Kameraden Steller, Birk und Göbe gewählt. Unter „Allgemeines“ wurde der Antrag Meißens, vor jeder Zahlstellenversammlung neue Delegierte zu wählen, abgelehnt. Zum Antrag des 21. Bezirks wurde der Affordbeschuß vom Jahre 1904, der auf den Arbeitsstellen ausgehängt werden soll, erneut zum Beschluß erhoben. Der Neueinrichtung des Beitragskassierens durch besoldete Kassierer stimmte die Versammlung zu. Der Maßnahme des Zentralvorstandes, betreffs der 3 Beiträge, für das 1. Quartal zahlbar, wurde ebenfalls zugestimmt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten war Schluß der Zahlstellenversammlung.

Frankfurt a. M. Am 31. Januar fand die von 60 Delegierten aus den verschiedenen Bezirken besuchte Jahresversammlung der Zahlstelle Frankfurt a. M. statt. Der erste Vorsitzende, Kamerad Wilhelm, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Versammlung. Nachdem die verstorbenen Kameraden in üblicher Weise geehrt, die letzte Niederschrift verlesen und die Mandatsprüfungskommission gewählt worden war, erstatteten der erste Vorsitzende sowie der erste Kassierer den Jahresbericht, dem nach eifriger, aber sachlicher Diskussion von den Delegierten zugestimmt wurde. Kamerad Gg. Klein stellte als Revisor den Antrag, dem Vorstand Entlastung zu erteilen; diesem Antrage wurde einstimmig zugestimmt. Nachdem die Mandatsprüfungskommission die Mandate geprüft,

erstattete sie Bericht und erklärte alle Mandate für gültig: Sämtliche Delegierte hatten ihre Verpflichtungen der Organisation gegenüber erfüllt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der jetzige Vorstand wiedergewählt, bis auf den Kameraden Gg. Klein, der freiwillig sein Mandat als Beisitzer niederlegte; an seine Stelle wurde Kamerad Arzentskowski, Hanau, gewählt. Den aus den Bezirken zur Zahlstellenversammlung gestellten Anträgen wurde zugestimmt, bis auf den Antrag des Bezirkes Hanau (Bericht der Rufstandsdelegation), der dem Vorstand überwiesen wurde, und der Antrag des Bezirkes Hanau zum Beitritt zur roten Hilfe, der von der Versammlung abgelehnt wurde. Nachdem noch einige Anträge zum Verbandstage gestellt und angenommen wurden, fand die Wahl der Delegierten zum Verbandstage statt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten im Punkte „Verschiedenes“ konnte der Vorsitzende die von gutem Geiste getragene Versammlung schließen.

Girshberg i. Schle. Am 24. Januar tagte im „Goldenen Schwert“ unsere diesjährige Generalversammlung, die einen guten Besuch aufwies. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden und Bekanntgabe der Tagesordnung, gedachte man der im Vorjahre verstorbenen 4 Kameraden in ehrender Weise. Hierauf trat man in die Tagesordnung ein und der Vorsitzende gab zunächst den Parteibericht. Anschließend erfolgte die Bekanntgabe der Rassenverhältnisse vom letzten Vierteljahr. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Vierteljahres 599 inklusive 107 Bekräftigen. An den Ausführungen war nichts zu bemängeln und dem Kassierer wurde der übliche Dank ausgesprochen. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß trotz wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten in unserer Zahlstelle im Frühjahr doch sämtliche Kameraden in Arbeit standen. Außerdem konnte ein großer Teil aus andern Provinzen aufgenommen werden. Trotzdem ist es aber im Vorjahre ohne Lohnstreitigkeiten nicht abgegangen. Im April mußten wir schon den Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen und in den Streit treten. Letzterer konnte schon nach 9 Tagen zu unsern Gunsten abgebrochen werden. Am Ende des nächsten Lohnabkommens bedrohten uns die Unternehmer mit einer Generalaussperrung, die aber durch das straffe Verhalten unserer Organisation in letzter Stunde verhindert wurde. Im Laufe des Geschäftsjahres 1925 wurden 12 ordentliche, 2 außerordentliche und 2 kombinierte Versammlungen abgehalten. Gleichzeitig beteiligte sich der Vorstand an 21 Versammlungen innerhalb der Bezirke. Bei der Jahresabrechnung betonte der Kassierer, daß sich die im Vorjahre ins Leben gerufene Beerdigungskasse gut bewährt hat. Ferner wird mitgeteilt, daß im Laufe des Jahres sich die Ausgabe einer großen Zahl Freimarken nötig machte. Es wird im eigensten Interesse der Kameraden gebeten, von letzteren so wenig wie möglich Gebrauch zu machen. In der Vorstandswahl wurde die alte Verwaltung wiedergewählt, bis auf den zweiten Vorsitzenden und zweiten Schriftführer sowie einen Revisor. Außerdem wurde dem Wunsche der Versammlung Rechnung getragen und der Vorstand durch 2 Beisitzer erweitert. Unter „Anträge zum Verbandstag“ wurden 3 eingegangene Anträge besprochen, genehmigt und dem Zentralvorstand überwiesen. Auch wurde das Resultat der Delegiertenwahl zum Verbandstag zur Kenntnis gebracht. Bei den „Anträgen“ und „Verschiedenes“ erneuerte man zunächst frühere lokale Bestimmungen. Als neugeschaffene lokale Bestimmung gilt, bei Ableben der Frau eines Kameraden, der über 10 Jahre dem Verbandsangehörte, aus der Lokalkasse 25 M zur Verfügung zu stellen. Da die Tagesordnung erschöpft und nichts mehr zu verhandeln war, erfolgte Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband.

Kamenz. Am 31. Januar fand im „Bürgergarten“ zu Pulsnitz unsere ordentliche Zahlstellenversammlung statt. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß die Wahl des Geschäftsführers sich dadurch erledigt hat, daß weitere Vorschläge nicht eingegangen seien, der bisherige demnach wieder als gewählt gilt. Hierauf erstattet der Geschäftsführer einen ausführlichen Bericht über das verlossene Geschäftsjahr und gab anschließend den Rassenbericht. Nach kurzer Debatte wurden beide Berichte einstimmig genehmigt. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder bis auf den ersten Vorsitzenden und einen Revisor, die ihre Posten niedergelegt hatten. Als erster Vorsitzender wurde der bisherige Schriftführer, Kamerad Kraft, und als Schriftführer Kamerad Brebmann gewählt. Ueber die vom Vorstand und den Bezirken gestellten Anträge zum Verbandstag entspann sich eine lebhafteste Debatte. Der erste Antrag, betreffend Beitragsstaffelung, wurde gegen eine Stimme, der zweite Antrag, zu den Lehrlingsbeiträgen, einstimmig angenommen. Beim dritten Antrag, der die Wiederbezugsberechtigung zur Arbeitslofenunterstützung von einer Beitragsleistung von 52 anstatt bisher 56 Wochen abhängig machen will, wurde von mehreren Rednern gewünscht, die Unterstützung überhaupt abzuschaffen, um mehr Mittel für Kampfszwecke zu haben. Nach längerer Debatte wurde der Antrag gegen eine Stimme angenommen. Unter „Verschiedenes“ teilt der Geschäftsführer mit, daß eine Schreibmaschine angeschafft worden ist und erucht um Bewilligung der Mittel. Dies geschieht einstimmig. Nachdem noch die Beschlüsse der Zentralinstanzen, betreffend Doppelbeiträge, bekanntgegeben und die Kameraden aufgefordert wurden, diese pünktlich zu zahlen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

(Jahresbericht.) Durch die im Frühjahr einsetzende rege Bautätigkeit, hauptsächlich im Bezirk Kamenz, wurde es auch unter den Kameraden wieder lebendig. Am 28. Februar war unser Vertrag abgelaufen, der einen Stundenlohn von 66 S vorsah. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß endeten mit einem Schiedsspruch, der wohl die letzte Lokalkasse besetzte, aber dafür der 4. Klasse eine geringere Lohnerhöhung zubilligte, so daß die Spanne zwischen der ersten und vierten genau dieselbe war, wie vorher bei der 5. Klasse. Diese Zurücksetzung löste natürlich Empörung aus. Der Schiedsspruch wurde einmütig abgelehnt und der Streit beschloffen. Nach achtstägigem Kampf wurde dann eine weitere Lohnerhöhung von 1 S sofort und vom 16. April an weitere 5 S erreicht, so daß dann der Lohn 72 S , und vom 16. April an 77 S betrug. Wenn auch durch diese Bewegung die Spanne nur wenig verringert wurde, so hat sie doch den Unternehmern gezeigt, daß die hiesigen Kameraden nicht eher ruhen werden, bis der Lohn den Teuerungsverhältnissen an-

gepaßt ist. In der Zwischenzeit war denn auch die Bautätigkeit in den andern Bezirken lebhafter geworden, so daß wir für den Vertragsablauf am 30. Juni eine größere Forderung stellen mußten. Da nun für Ursachen ein einheitlicher Vertrag besteht, so einigten wir uns auf eine gemeinsame Forderung von 80 %.

Die zu diesem Zweck gepflogenen Verhandlungen scheiterten, da die Unternehmer auch nicht das geringste Entgegenkommen zeigten, weder in der Lohn-, noch in der Ferienfrage. Die Folge davon war, daß in Sachen vielerorts Teilstreiks ausbrachen, so auch bei uns im Bezirk Pulsnitz, wo am 1. Juli die Kameraden die Arbeit niederlegten. Das war natürlich den Unternehmern gegen den Strich, und sie beschloßen dann vom 9. Juli an die Gesamtaussperrung für ganz Sachsen. Dieser Beschluß war den Unternehmern hauptsächlich durch die Industrie diktiert, die natürlich bei einem weiteren Steigen der Löhne im Baugewerbe auch seitens der Industriearbeiter mit Lohnforderungen rechnen mußten. Das mußte natürlich verhindert werden, zumal ihnen die Regierung mit ihrer Preisabbaupolitik zu Hilfe kam. Die Unternehmer in unserer Zahlstelle haben sich restlos an der Aussperrung beteiligt, bis auf einige unorganisierte Unternehmer, die trotz Drohung mit Materialsperrung und dergleichen sich nicht einschüchtern ließen. Im Streit respektive in Aussperrung standen 271 Kameraden, die sich auf 150 am Ende der Aussperrung verringert hatten. Trotz der schwarzen Listen der Unternehmer war es einer ganzen Anzahl Kameraden möglich, in Steinbrüchen Arbeit zu finden; auch wurden viele Arbeiten in eigener Regie weitergeführt und einige Unternehmer streckten nach mehreren Wochen die Waffen. Mehrmals stattgefundene Verhandlungen in Dresden scheiterten, weil die Unternehmer nicht einen Pfennig bewilligen wollten, trotzdem wir unsere Forderung auf 20 % ermäßigt hatten. Auch mit der Drohung der Gesamtaussperrung über ganz Deutschland konnten sie die Bauarbeiter nicht einschüchtern. Verhandlungen am 12. und 14. August brachten einen Schiedsspruch, der auf einmütige Ablehnung stieß, so daß nunmehr die Unternehmer nochmals die Aussperrung beschloßen. Durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums sind die Parteien am 27. August nochmals zusammengeführt worden. Dort ist es dann nach neunwöchigem Kampf zu einer Vereinbarung gekommen, die in allen Lohnklassen eine Lohnerhöhung von 13 % vorsah. Wenn auch dieser Erfolg nicht voll befriedigte, so muß doch gesagt werden, daß sich die Zimmerer gut geschlagen haben und sich damit bei der übrigen Arbeiterschaft immerhin sehen lassen können. Demnach beträgt nunmehr der Lohn 90 % für unsere Zahlstelle. Dieser wurde uns allerdings erst nach nochmaliger bezirklicher Verhandlung gezahlt, da die Unternehmer die Vereinbarung, daß der prozentuale Abstand der gleiche bleiben sollte, so auffaßten, als wenn die Zulage 13 % betrage. In der Ferienfrage ist leider noch nichts geregelt. Diese muß unbedingt bei den in diesem Winter stattfindenden Reichstärkerverhandlungen mit erledigt werden. Das letzte Vierteljahr ist dann ohne Lohnbewegung vorübergegangen. Die erzielten Erfolge sind also im verfloßenen Jahre eine Erhöhung des Stundenlohnes von 66 auf 90 %.

Für Unterstützung der Kämpfenden wurden angewendet: Aus Mitteln der Zentralkasse 14 477,80 M und aus der Lokalkasse 1899,95 M. Während alle Bezirke an den Kämpfen beteiligt waren, so war es auch im verfloßenen Jahre wieder Eßter und das wendische Gebiet, die glaubten, andere für sich den Lohn herauszuholen zu lassen. Im Jahre 1924 hatten sie der Organisation den Rücken gekehrt, weil ihr Unternehmer das Besprechung gegeben hatte, immer nur 3 % weniger zu zahlen als Kamenz. Was brauchten sie da eine Organisation; es genüge, wenn das die andern besorgten. Ernten wollten sie natürlich mit, was andere erkämpft haben. Heute haben sie 8 % weniger. Hoffentlich sehen diese Kameraden es nun bald ein, daß nur durch eine gute Organisation Erfolge erzielt werden können. Die Bautätigkeit setzte in den meisten Bezirken erst spät ein, nur in Kamenz wurde diese durch die Ende Februar beginnenden Vorarbeiten zur Gastwirtschaftsstellung belebt. Industriebauten waren fast gar nicht vorhanden. Am günstigsten gestaltete sich die Wohnungsbautätigkeit im Pulsnitzer Bezirk, wo eine Anzahl Privat- und Siedlungsbauten ausgeführt wurden. Auch Königsbrunn hatte eine Anzahl solcher Bauten. In Bischofswerda und Großröhrsdorf waren verhältnismäßig wenig Bauten vorhanden. Nach der Aussperrung wurden dann noch eine Anzahl Siedlungsbauten in Angriff genommen. In Pulsnitz wurde ferner ein Saalneubau und für das Elektrische Werk ein Kohlenbunker in Angriff genommen, so daß es dort für kurze Zeit einen Mangel an Zimmerern gab. Unsere Kameraden hätten bis Jahreschluß zum großen Teil voll beschäftigt sein können, wenn nicht der Winter bereits Mitte November eingetreten wäre. Dadurch erreichte die Arbeitslosigkeit bis zum Jahreschluß den Stand von circa 200 arbeitslosen Kameraden. Die Agitation erstreckte sich hauptsächlich auf die Wiedergewinnung der in der Inflation verlorenen Mitglieder. Eine im April in Eßter vorgenommene Hausagitation brachte uns einige Erfolge, aber die hauptsächlichsten wurden durch die Bautenagitation erzielt. Es war uns dadurch möglich, unsere Mitgliederzahl von 435 auf 490 am Jahreschluß zu erhöhen. Dadurch haben wir unsern normalen Stand wieder erreicht. Auch die Lehrlinge sind mit wenig Ausnahmen der Organisation zugeführt. Es wird nun unsere Aufgabe im kommenden Jahre sein, die in Eßter und im wendischen Gebiet uns 1924 verlorengegangenen Kameraden wiederzugewinnen. Es ergibt deshalb an alle Kameraden der Auf, in der Agitation alles zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. An Veranstaltungen fanden im Berichtsjahre 2 Zahlstellen- und 61 Bezirksversammlungen statt. Außerdem fanden statt: 13 Vorstandssitzungen, davon 6 des erweiterten Vorstandes, 2 Konferenzen und 7 Tarifverhandlungen in Dresden und 2 in Berlin im Arbeitsministerium. Die Finanzverhältnisse der Zahlstelle waren wie folgt: Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse 28 745,98 M, Einnahmen der Lokalkasse 9850,35 M, Ausgaben 6763,53 M, Kassenbestand 3086,82 M. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand von 1924 435, Zugang 151, Abgang 96, so daß ein Mitgliederbestand von 490 am Jahreschluß verblieb, darunter 79 Lehrlinge. Letztere sind im Zahlstellengebiet besonders zahlreich vertreten; ein Beweis dafür, daß auch im verfloßenen Jahre die Unternehmer wieder recht viel Lehrlinge eingestellt haben. Leider haben wir keine Handhabe, bei verschiedenen Unternehmern die Zahl der Lehrlinge zu reduzieren, da die Gewerbeordnung in dieser Hinsicht eine recht dehnbare Vorschrift aufweist. War nun das

verfloßene Jahr ein ausgesprochenes Kampfsjahr, so wird es im neuen nicht besser werden. Stehen wir doch wieder vor Reichstärkerverhandlungen und wie es den Anschein hat, haben die Unternehmer den Kampf um die Arbeitszeit noch nicht aufgegeben. Deshalb ist es unbedingt nötig, daß jeder Kamerad seine Pflicht erfüllt und durch tätige Mitwirkung zur Ausbreitung und inneren Festigung der Organisation beiträgt. So wird auch das neue Jahr die Zimmerer bereichern, den Kampf aufzunehmen, wenn etwa die Unternehmer glauben sollten, an dem Achthundentag rütteln zu wollen.

Mainz. (Jahresbericht.) Wieder liegt ein Jahr gewerkschaftlicher Arbeit hinter uns. Werfen wir unsern Blick zurück, so geschieht es schon deshalb, um daraus die Nutzenanwendung für die kommenden Kämpfe zu ziehen. Trotz aller wirtschaftlichen Nöte ist es den Unternehmern auch in diesem Jahre nicht gelungen, die Organisationen zu zertrümmern und ihre Wünsche nach längerer Arbeitszeit und Lohnsenkung durchzusetzen. Durch die gesunde Witterung am Anfang des Jahres setzte die Bautätigkeit sehr früh ein, so daß wir im Monat Januar und Februar keine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten. Die Arbeitslosigkeit hielt an bis in den Monat September. Von da an wurde die Arbeitslosigkeit immer größer. Beeinflusst durch das frühe Einsetzen der Kälte waren im November und Dezember zirka 40 % unserer Kameraden arbeitslos; auch bis heute ist noch keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Im vergangenen Jahre hatte die Zahlstelle nur einen Arbeitskämpf zu führen, und zwar in Müßelshausen auf der Baustelle Opel. Da war es die Firma K. Brand, die sich nicht an die Arbeitszeit und Betriebsvertretung gebunden glaubte. Nach sechswöchigem Kampfe war die Firma Brand gezwungen, zu kapitulieren und Betriebsvertretung und Arbeitszeit anzuerkennen. Der Lohn betrug am Anfang des Jahres 86 % und erhöhte sich am 1. Februar auf 91 %, am 9. April auf 1,05 M, am 4. Juni auf 1,10 M, am 30. Juli auf 1,17 M. Hat uns das Lohnabkommen auch nicht befriedigt, so sind wir doch wieder ein Stück vorwärtsgekommen und haben somit ein Teil von dem zurückerobert, was uns durch den Krieg und die nachfolgende Inflation verloren gegangen ist. Der Kampf war nicht allein gegen die Bauunternehmer zu führen, sondern gegen die Industrie, die gegen jede Lohnerhöhung und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen war und zuletzt nicht vor Stilllegung ihrer Neubauten usw. zurückschreckte, um durch diese Maßnahmen einen Druck auf die Bauunternehmer auszuüben. Durch Scheitern des Reichstärkers kam es auch zu keinem Bezirksvertrag für unser Gebiet. Auch in der Mitgliederbewegung ging es vorwärts. Am Anfang des Jahres betrug die Zahl der Kameraden 384, sie stieg sich durch unsere Agitation im 3. Quartal auf 446, fiel jedoch im 4. Quartal auf 401, so daß noch eine Zunahme von 17 Mitgliedern vorhanden war. Die Kassenverhältnisse haben sich im Laufe des Jahres zufriedenstellend entwickelt. Das Bureau wurde infolge Umbaus vollständig renoviert und erforderte für Neuanschaffungen usw. 700 M. Durch Beschluß einer Mitgliederversammlung wurde die Erneuerung der Fahne beschlossen, die einen Kostenaufwand von 500 M verursachte. Der Lokalkassenbestand betrug am Jahreschluß 1924 364 M und hat sich im Laufe des Jahres 1925 auf 1632,04 M erhöht. Der Schriftwechsel war ein reger. Eingegangen sind zirka 200 Briefe, Postkarten usw. Die Ausgänge beliefen sich auf 185, so daß viel Arbeit zu bewältigen war. Versammlungen fanden statt: In Mainz 8, Delegiertenversammlungen 2, Vertrauensmännerversammlungen 6, Vorstandssitzungen 9, Versammlungen in den Bezirken 8. Im kommenden Jahre muß die Zahlstelle neu aufgebaut werden. Es müssen deshalb, sobald die Kameraden wieder in Arbeit sind, auf allen Plätzen Delegierte gewählt werden, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überwachen haben und dem Vorstand über alle Vorkommnisse auf den Plätzen und Baustellen auf dem schnellsten Wege Bericht erstatten. Der Lehrlingsgruppe konnte im vergangenen Jahre nicht die nötige Beachtung geschenkt werden, da der Vorstand überlastet war und sich keine geeigneten Kräfte zur Verfügung stellen. Hoffen wir, daß es im nächsten Jahre besser damit vorangeht. Die Poliere haben eine Gruppe für sich, beteiligen sich aber am gewerkschaftlichen Leben fast gar nicht. Ein unternommener Vorstoß, um die Löhne der Poliere um 5 % zu erhöhen, mußte wegen der großen Kämpfe im Juni und Juli resultatlos abgebrochen werden. Helfen alle Kameraden im neuen Jahre mit, so wird es gelingen, einen Teil von dem Verkauften nachzuholen. Die Absichten der Unternehmer, die Bauarbeiter im Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hemmen, werden an dem vereinten Willen der Zimmerer zerschellen.

Ostrode i. Ostpr. Unsere Zahlstelle hielt am 14. Januar ihre Generalversammlung ab. Gegen den vom Kassierer erstatteten Kassenbericht wurden Einwendungen nicht erhoben. Vorstandswahl sowie die Wahl der Delegierten zum Verbandstage gingen glatt vonstatten. Unter „Verbandsangelegenheiten“ tabelte der Kassierer die sämigen Mitglieder und ermahnnte zu einer pünktlicheren Beitragszahlung. Leider hätten 10 Mitglieder wegen Schulden gestrichen werden müssen, andere würden ihnen folgen, wenn sie nicht umgehend ihren Verpflichtungen nachkämen. Am Schluß forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, künftighin für einen besseren Versammlungsbesuch zu sorgen. Zwar wohnte ein Teil der Mitglieder außerhalb, aber zur Generalversammlung mußten doch alle kommen, damit unsere Beratungen auch wirklich von Erfolg seien. Ein Hoch auf unsern Zentralverband schloß die Versammlung.

Wassau. Unsere Generalversammlung fand am 31. Januar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kameraden in der üblichen Weise geehrt. Kamerad Schintinger gab den Jahres- und Kassenbericht und schilderte recht eingehend die Verhältnisse des vergangenen Jahres. Kassenbericht und Mitgliederbewegung zeigen, daß es auf diesen Gebieten vorwärtsgeht. In seinen Ausführungen schilderte Kamerad Schintinger die gewaltigen Kämpfe des vergangenen Jahres und wies auf die Ausgaben für Streiks und Lohnbewegung hin. Von allen Organisationen ständen wir auf diesem Gebiete an der Spitze; ein Beweis, daß wir eine starke Kampforganisation seien. Die Bautätigkeit war anfangs gut und verschlechterte sich aber zusehends, so daß heute 167 Kameraden erwerbs-

los sind. Leider seien viele Kameraden vorhanden, die im Sommer länger als 8 Stunden am Tage gearbeitet haben. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsführer war eine umfangreiche, die sich jedoch erforderlich machte, um eine Agitation vorwärtszubringen und alle Zimmerer dem Verbandszugezuführen. Es konnte festgestellt werden, daß eine Reihe von Kameraden ihre Streikfondsbeiträge noch nicht gezahlt haben. Diesem Mibestand müsse unter allen Umständen abgeholfen werden. Mit einer Mahnung an die Kameraden, restlos ihre Pflicht zu erfüllen und alles einzufügen, damit es wieder vorwärtsgehe, schloß Kamerad Schintinger seinen Bericht. Die Revisoren berichteten, daß alles in bester Ordnung sei und der Antrag auf Entlastung wurde einstimmig angenommen. Die Wahlen des Vorstandes wiesen keine Veränderungen auf; der alte Vorstand wurde gegen eine Stimme wiedergewählt. Zum Schluß wurden noch die Erwerbslosenfragen besprochen und auf die Wichtigkeit der Jugendorganisation hingewiesen. Es müsse alles versucht werden, um auch hier eine Lehrlingsgruppe zu bilden. Es wurde eine Reihe von Anträgen angenommen, die die Meinung der Zahlstelle zur Fürstenabfindung zum Ausdruck brachten. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Regensburg. (Jahresbericht.) Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die vom Vorsitzenden mit der Bekanntgabe der Tagesordnung und den üblichen Formalitäten eröffnet wurde. Die Tagesordnung war eine reichhaltige, sie umfaßte 7 Punkte. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß 1 ordentliche Generalversammlung, 11 Monatsversammlungen, 2 außerordentliche Versammlungen, 4 Vorstandssitzungen und 1 Gaukonferenz mit 6 auswärtigen Zahlstellen abgehalten wurden. An Streiks und Lohnbewegungen jeder Art ist die Zahlstelle im Geschäftsjahr 1925 verschont geblieben. Der Lohn von 66 % stieg vom Mai 1924 bis zum Jahresende 1925 auf 1,05 M pro Stunde. Die beiden Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers wurden anstandslos genehmigt. Als Delegierter zum 24. Verbandstag wurde einstimmig Kamerad Niederer aus Regensburg gewählt. Bei der Neuwahl des 1. Vorsitzenden war zu sehen, daß sich eine „Oppositionspartei“ gegründet hatte, um gegen den Vorsitzenden Niederer loszudonnern. Diesen Kameraden paßte es nicht, daß Niederer mit allen Mitteln energisch das Verhalten gewisser Kameraden rügte. Durch ganz schäbige Weise (es wurden sogar von einzelnen dieser Kameraden die Stimmzettel für andere Kameraden teilweise geschrieben, um ihren Kandidaten als Vorsitzenden durchzubringen, was auch auf diese Art und Weise gelang). Zum 1. Vorsitzenden wurde der Kamerad Karl Weinzierl gewählt. Bei der Wahl ergaben sich noch einige Änderungen. In der Agitation und im Bildungswesen ist in Regensburg noch eine gewaltige Arbeit zu leisten. Wenn es dem neuen ersten Vorsitzenden im Ernst darum zu tun ist, die Zahlstelle Regensburg in allen Fragen wieder auf die Stufe zu bringen, wie sie vor dem Kriege stand, dann hat er Arbeit in Hülle und Fülle. Hoffen wir alle in Regensburg, diesem Ziele im Jahre 1926 näherzukommen durch die Führung der neuen Verwaltung und durch rege Mitarbeit aller Kameraden in Regensburg selbst.

Reichenbach i. B. In unserer am 24. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde die Wahl der Delegierten zum Verbandstage vorgenommen. Am 27. Februar soll ein Lichtbildvortrag über Kunst und Kunstgeschichte gehalten werden. Es wird zahlreiche Beteiligung erwartet. Zum Verbandstag lagen sieben Anträge vor; sechs wurden angenommen, einer wurde abgelehnt.

Stettin. Unsere am 20. Januar stattgefundene Generalversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erleben. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und hob hervor, daß das vergangene Jahr ein außerordentliches Kampfsjahr gewesen sei. Der Plan der Unternehmer, uns durch die Aussperrung müde zu machen, scheiterte an unserer Standhaftigkeit. Auch das kommende Jahr werde umfangreiche Kämpfe bringen, die wir nur durch die Geschlossenheit der Organisation überwinden könnten. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Bibliothekar gab noch einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit und ermahnnte die Kameraden, mit den Büchern sorgfältig umzugehen. Die Versammlung beschloß demgemäß, daß die Kosten jeder Beschädigung von dem Entleiher selbst getragen werden müssen. Hierauf erfolgten die Wahlen zum Verbandstag, und die Anträge wurden beraten. Unter „Verbandsangelegenheiten“ machte der Geschäftsführer bekannt, daß hier am Ort Unzufriedenheiten mit einigen Baustellen zu unsern Gunsten entschieden wurden. Bei der Firma Beuchelt & Co. (Bräudenbau) mußte die Sperre aufgehoben werden, weil die vereinbarten Abmachungen betreffs Auslösung und Zahlung nicht eingehalten wurden. In der ersten Verhandlung konnte noch keine Einigung erzielt werden. Da die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Waldenmünde. Am 31. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung, die sich eines guten Besuchs erfreute. Nach Eröffnung gab der Vorsitzende, Kamerad Welfe, den Bericht über die am 27. Dezember 1925 in Gegenwart des Gauleiters, Kamerad R. Michaelis, stattgefundene Revision der Bücher, bei der eine nicht mennenswerte Unterbilanz festgestellt wurde. Die Abrechnung vom 4. Quartal konnte nicht bekanntgegeben werden, da der bisherige Kassierer diese noch nicht abgeschlossen hatte. Den Kameraden, die ihre Beiträge entrichten wollten, erklärte der jetzige Kassierer, W. Nofe, daß er die Annahme ablehnen müsse, da er noch nicht über die Bücher und Beitragsmarken verfüge. Er nicht die Abrechnung und die Uebergabe des Materials erfolgt sei, müsse er alles ablehnen. Allgemein wurde über die Saumlässigkeit des sonst so tüchtigen und umsichtigen bisherigen Kassierers geklagt. Deshalb wurde der Vorstand beauftragt, den Gauleiter zu benachrichtigen, damit dieser in diese Angelegenheit energisch eingreife. Den Kartellbericht gab Kamerad E. Duffe, der nichts von Wichtigkeit brachte. Unter „Verschiedenes“ wurde die Lokalunterstützung für zugereifte Kameraden auf 1 M festgesetzt. Ferner wurde bekannt, daß Kamerad G. Wittmann auf einem größeren Ziegelwerk Zimmerarbeiten, ohne den tariflichen Lohn ein-

zuhalten, ausführe. Auf Befragen erklärte er, hier nur Ziegeleiarbeiten zu verrichten. Die Ziegeleibesitzer zahlen hier einen Lohn von 52 S. In der letzten Woche aber glaubten sie, mit dem Lohnabbau beginnen zu können, wurden tarifbrüchig und zahlten einen Stundenlohn von 42 S. Die Folge davon war, daß sämtliche Ziegeleiarbeiter die Arbeit niederlegten. Kein Mensch war auf irgend einem Werk, nur unser Kamerad, der noch ledig ist, sah sich veranlaßt, den Kämpfenden in den Rücken zu fallen und für 42 S zu arbeiten. Nach kurzer, ziemlich erregter Debatte erklärte er, die Arbeit niederzulegen. Zum Schluß regte Kamerad W. Hempel die Anschaffung der im „Zimmerer“ veröffentlichten Fachbücher zum Zwecke der weiteren Ausbildung der jüngeren Kameraden an. Da er selber im Besitze dieser Bücher ist, erklärte er sich bereit, diese der nächsten Versammlung vorzulegen.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Keinraus in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. In der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände scheint es eine Reinigung gegeben zu haben. Die Unterstützung der Fememörder über den Deutschen Nationalen Landarbeitersverband durch die Vereinigung der Arbeitgeberverbände scheint doch manchem Unternehmer in die Glieder gefahrt zu sein. Auch wird sich Herr v. Vorig wenig wohl gefühlt haben, als der Skandal ruchbar wurde. Die Vereinigung hatte sich einen Propagandachef zugelegt; dieser, ein Herr v. Zengen, hatte die besagten 5000 M an den Abgeordneten Behrens, den Vorsitzenden des gelben Landarbeitersverbandes, vermittelt. Gegenwärtig prüft das Berliner Polizeipräsidium die ganze Angelegenheit, so daß noch einiges Licht über die Affäre verbreitet werden wird. Inzwischen wurde von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bekanntgegeben, daß v. Zengen entlassen sei. Dieser hatte aber bereits dem Berliner Vörjen-Courier mitgeteilt, daß er das Kampffeld verlassen habe. „Angewidert von den in manchen Kreisen geübten Formen des politischen Kampfes sei er entschlossen, sich aus der Politik zurückzuziehen und habe er der Vereinigung sein Abschiedsgedächtnis eingereicht. Er habe nie radikale Bestrebungen unterstützt, sondern sei stets bestrebt gewesen, dem Gedanken der Volksgemeinschaft zu dienen. Einen Gegner zu überzeugen sei unmöglich, daher ziehe er es vor, zu schweigen und zu arbeiten.“ Herr v. Zengen gibt sich also als ein Opfer der Verhältnisse aus und streicht kampfesüchtige die Segel, um in eine Fabrik für Feinmechanik und Maschinenbau einzutreten. Die Vereinigung behauptet andererseits, daß v. Zengen entlassen sei. Doch sei dem, wie ihm wolle. An den Namen v. Zengen knüpft sich eines der unangenehmsten Vorkommnisse des sozialen Kampfes; die Spitze der Unternehmerverbände stieg hier in den Vöhl des allerbittersten Kampfes, der von den Fememördern hinreichend gekennzeichnet, nieder. Ein Schandmal immerhin!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Bundesausschuß des ADGB für das Volksbegehren. Auf seiner zweiten Tagung, die unter dem Vorsitz von Grafmann am 8. Februar stattfand, beschäftigte sich der Ausschuß des ADGB in eingehender Beratung mit der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheids über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Die maßlosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterchaft und weit über diese Kreise hinaus im ganzen Volke leidenschaftliche, tieferechtigte Empörung hervorgerufen. Die Forderungen stehen überdies im krassen Mißverhältnis gerade zu der jetzigen Notlage, in die weite Kreise des Volkes, vor allem die Arbeiterchaft, durch die Wirtschaftskrisis gestürzt worden sind. Die allgemeine Not hätte auch die Fürsten zu einer freiwilligen Begrenzung ihrer Forderungen aus vaterländischen Gründen bestimmen müssen. Tatsächlich sind sie zu keinerlei Opfer, auch nicht dem geringsten Verzicht, bereit gewesen. Die Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung ist die Antwort auf diese ebenso selbsttätige wie beschämende Haltung der einstigen Herrscher des deutschen Volkes. Aus der Debatte ging hervor, daß die Gewerkschaften entschlossen sind, sich in den Grenzen, die die wirtschaftliche Notlage und die aus ihr sich unmittelbar ergebenden sozialen Verpflichtungen den Verbänden ziehen, sich für das Volksbegehren und den Volksentscheid nachdrücklich einzusetzen. Der Ausschuß gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, daß jeder Mißbrauch der Aktion zu durchsichtigen Parteimanövern, wie er von der kommunistischen Partei beobachtet wird, auf das entschiedenste bekämpft werden wird. Der Bundesausschuß präziserte die Stellungnahme der Gewerkschaften in folgender Entschließung:

„Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesekentwurfes für eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Der Ausschuß erkennt an, daß es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. Der Ausschuß fordert aber alle Verbände und Gewerkschaftsmittglieder auf, alle Kräfte mit einzusetzen, um dem Volksbegehren und gegebenenfalls dem Volksentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolg zu verhelfen. Für die Aufbringung der Mittel empfiehlt der Bundesausschuß den Parteien die Einleitung von Sammlungen, an denen sich zu beteiligen der Ausschuß allen Gewerkschaftsmittgliedern zur Pflicht macht.“

Im weiteren Verlauf der Tagung stimmte der Ausschuß ohne Debatte den bisherigen Vereinbarungen über die Beteiligung der Gewerkschaften an der Düsseldorfener Ausstellung (Gesefei) zu.

Die Debatte wandte sich dann der Erörterung der Wirtschaftslage zu. Für die Gewerkschaften liegen hier eine Reihe brennender Fragen, in deren Vordergrund die Wülderung der Arbeitslosigkeit, das heißt die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, steht. Ueber diese Fragen haben mit

den Regierungsstellen, mit der Hauptverwaltung der Reichseisenbahn, dem Reichsverband der deutschen Industrie und mit Vertretern des Unternehmertums des Bergbaues Besprechungen stattgefunden.

Anlässlich dieser Besprechungen ist in der „Frankfurter Zeitung“ und daraufhin in einem Teil der Presse die Behauptung aufgestellt worden, es handle sich hierbei um die Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft. Diese Behauptung entbehrt jeglicher Grundlage. Mit keinem Wort ist in den Besprechungen von der Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft die Rede gewesen. Die Gewerkschaften werden, unbekümmert um diese falschen Gerüchte, soweit das Interesse der Arbeiterschaft es erfordert, ihre Bemühungen auf diesem Gebiete fortsetzen.

Schulentlassung und Berufswahl. In kurzer Zeit entläßt die Schule wieder viele Kinder in das Berufsleben. Die Entscheidung für einen Beruf wird nicht immer leicht sein, und es hat sich später oft gezeigt, daß junge Menschen für den erwähnten Beruf nicht die Eignung besaßen, um den beruflichen Anforderungen völlig gerecht zu werden. Nirgendwo ist mehr Vorsicht geboten, als bei der Berufswahl. Alle Eltern, die die Absicht haben, ihre schulentlassenen Kinder dem kaufmännischen Beruf zuzuführen, wenden sich aus diesem Grunde rechtzeitig an den Zentralverband der Angestellten. Er erteilt in allen Fragen der Berufswahl kostenlose Auskunft. In über 700 Orten befinden sich Geschäftsstellen des Verbandes. Sonst ist auch die Hauptgeschäftsstelle in Berlin SO 26, Oranienstraße 40-41, zu allen Auskünften gern bereit.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Unfallverlesete und Krankenversicherung. In zweierlei Beziehung bringen die mit dem 1. Januar 1926 allgemein in Kraft getretenen Bestimmungen des zweiten Gesekes über „Änderungen in der Unfallversicherung“ vom 14. Juli 1925 für die Unfallverleseten gegenüber den bisherigen Vorschriften einen Nachteil.

Nach den Vorschriften über die Beziehungen der Krankenversicherung zur Unfallversicherung hatten bisher die Unfallverleseten im Regelfall während der zweiten 13 Wochen nach dem Unfall Anspruch auf Krankengeld und halbe Unfallrente nebeneinander. Im § 1501 der AVO, nämlich hieß es: Die Leistungspflicht der Krankenkasse wird dadurch nicht berührt, daß ein Träger der reichsgeseklichen Unfallversicherung zum Schadenersatz verpflichtet ist. Leistet eine Krankenkasse pflichtgemäß nach Gesek oder Satzung infolge eines Unfalles für eine Zeit, für die der Berechtigte infolge des Unfalles auch einen Anspruch auf Unfallentschädigung hatte oder noch hat, so kann sie, jedoch höchstens bis zum Betrage dieses Anspruchs und nur in den Grenzen der §§ 1502 bis 1507, als Ersatz die Unfallentschädigung beanspruchen. Und im § 1506 wurde als Grenze für den Ersatz geleisteten Krankengeldes vorgeschrieben: „Soweit für Rassenleistungen Ersatz aus der Unfallrente beansprucht werden kann, ist der Anspruch nur begründet bis zum halben Betrage der Rente, die auf die Zeit fällt, für die die Ansprüche auf Rassenleistungen und Rente zusammenfallen.“

Diese Bestimmungen sind in die neuen Vorschriften über die Beziehungen der Versicherungsträger zu einander nicht übernommen. Vielmehr regelt nun das dritte Buch der Reichsversicherungsordnung (Unfallversicherung) die Ansprüche der Unfallverleseten an beide Versicherungsträger — Kranken- und Unfallversicherung — in der Hauptsache, wie folgt:

„Ist eine Krankheit die Folge eines Unfalles, für den die Genossenschaft zu entschädigen hat, so gelten für die Ansprüche des Verleseten aus der Krankenversicherung die §§ 559 g bis 559 k.“ Der Paragraph 559 g besagt nun: „Die Krankenkasse hat nach den Vorschriften der Krankenversicherung Krankenpflege zu gewähren. Wenn die Genossenschaft der Krankenkasse anzeigt, daß sie an einem bestimmten Tage mit der Krankenbehandlung beginnen werde, endet mit dem Beginn dieses Tages die Verpflichtung der Krankenkasse zur Gewährung von Krankenpflege.“ Und ebenso heißt es wegen des Krankengeldes im § 559 h: „Die Krankenkasse hat nach den Vorschriften der Krankenversicherung Krankengeld zu gewähren. Wenn die Genossenschaft der Krankenkasse anzeigt, daß sie von einem bestimmten Tage an Rente oder Krankengeld gewähren werde, so ermächtigt sich das Krankengeld aus der Krankenversicherung von diesem Tage an entsprechend.“

Bezüglich der Krankenpflege heißt es im § 559 i noch: „Solange die Genossenschaft Heilanstaltspflege oder Anstaltspflege gewährt, fallen die Ansprüche aus der Krankenversicherung weg.“

Und endlich lautet der § 559 k: „Ist die Zahlung des Krankengeldes aus der Krankenversicherung zu Unrecht eingestell, so geht der Anspruch des Verleseten auf Krankengeld auf die Genossenschaft bis zur Höhe der von ihr dem Verleseten für dieselbe Zeit gewährten Geldleistungen über.“

Da nach den neuen Bestimmungen die Verpflichtung der Genossenschaften zur Gewährung von Rente überhaupt nicht mehr mit der 14. Woche nach dem Unfall, vielmehr grundsätzlich erst mit dem Wegfall des Krankengeldes, spätestens mit der 27. Woche nach dem Unfall beginnt, so ergibt die praktische Anwendung der neuen Bestimmungen, daß die Unfallverleseten nunmehr regelmäßig nur Leistungen von einem Versicherungsträger zu erwarten haben. Nur wenn die Unfallfolgen so schwere sind, daß die Invalidität im Sinne des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung (Invalidenversicherung) bedingen, so wäre neben der Unfallrente die Invalidenrente zu gewähren.

Der zweite Nachteil für die Unfallverleseten ist darin gegeben, daß die Bestimmung des bisherigen § 573 der AVO, in Fortfall kommt, nach der das Krankengeld vom Beginn der 5. Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der 13. Woche mindestens zwei Drittel des Grundlohnes betragen mußte.

Literarisches.

„Urania“, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Heft 5, das Februarheft, ist erschienen. Aus seinem lehrreichen Inhalt dürften unsere Leser ein Aufsatz über Holzweisen besonders interessieren. Dem Heft ist das Heftblatt „Der Leib“ beigegeben, worin Aufsätze über „Proletarische Körperkultur“ und andere Themen enthalten sind.

„Die Bücherwarte“, eine vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene Monatschrift bringt in ihrem joesben erschienenen Februarheft nicht nur eine große Anzahl Besprechungen wissenschaftlicher und literarischer Neuerscheinungen, sie sucht vor allen Dingen durch systematische Führungsartikel durch einzelne Wissensgebiete, durch Veröffentlichung von Kurzsudispositionen usw. allen geistig interessierten Genossen in der Arbeiterbewegung und darüber hinaus auch allen, die sich für soziale und kulturelle Fragen interessieren, wichtige Anregungen und praktische Winke zu geben. Die neue Zeitschrift kann zum Preise von 1,50 M für das Vierteljahr bei der Post abonniert werden. Werbematerial stellt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit gern zur Verfügung.

„Die Frauenwelt“. Die das ganze deutsche Volk bewegende Frage der Fürstenabfindung hat auch dem neuen Heft 4 der „Frauenwelt“ ihren Stempel aufgedrückt. „Die Frauenwelt“ ist die Zeitschrift der schaffenden Frau und erscheint vierzehntägig. Jedes Heft kostet 30 S, mit Schnittmusterbogen 10 S mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68.

„Die Gemeinde“. Diese Halbmonatschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land ist immer mehr zum unentbehrlichen Berater aller sozialistischen Gemeindevertreter geworden. „Die Gemeinde“ erscheint vierzehntägig und kostet monatlich 90 S. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68.

„Illustrierte Reichsbannerzeitung“. Die neue Nr. 6 ist joesben erschienen und bringt wieder reiches Werbematerial und gute Textbeiträge. Jede Nummer der „Illustrierten Reichsbannerzeitung“ kostet 20 S und ist durch alle Reichsbannergruppen, durch jede Postanstalt und Buchhandlung zu beziehen.

„Lachen links“. Die neue Nr. 6 des republikanischen Wöhlblattes „Lachen links“ steht im Zeichen der Enthüllungen des Abgeordneten Dittmann über die Marine-Zustigmorde 1917. „Lachen links“ erscheint wöchentlich. Jede Nummer kostet 20 S und ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 22. Februar:

Anklam: Abends 7½ Uhr im „Schützenhaus“. — Potsdam: Abends 7½ Uhr bei Prast, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Dienstag, den 23. Februar:

Brandenburg a. d. S.: Abends 7½ Uhr im Volkshaus. — Königsberg: Abends Lehrlingsversammlung im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 25. Februar:

Dortmund, Bezirk Castrop: Abends 7 Uhr im Lokal Schlüter, Kriegerdenkmalstraße.

Freitag, den 26. Februar:

Coburg: Nach Feierabend im Volkshaus. — Rathenow: Nach Feierabend bei Fahre, Milower Straße.

Sonntag, den 27. Februar:

Arnswalde: Abends 8 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Braunschweig, Bezirk Wolfenbüttel: Abends 7½ Uhr im Gasthof „Zur Tanne“. — Dortmund, Bezirk Necklinghausen: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Herner Straße. — Gattingen a. d. R.: Abends 7 Uhr bei Vieht, Sprochhöveler Straße. — Nienburg a. d. W.: Abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Henkel. — Waune: Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstraße. — Witten i. W.: Abends 7 Uhr bei Köthmeier, Ardystraße.

Sonntag, den 28. Februar:

Altötting: Vormittags 10 Uhr im Gasthaus Fallmeier, Neubötting. — Altötting, Bezirk Simbach: Vormittags 10 Uhr im „Stern“ in Simbach. — Bergen a. Mügen: Nachmittags 3 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“. — Zetmold: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lagerstraße. — Dortmund, Bezirk Unna-Ramen: Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus in Unna. — Sagen i. W.: Vormittags 10 Uhr bei Hofmann, Ecke Eberfelder und Kölner Straße. — Neckermünde: Nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Grabenstraße.

Anzeigen.

Zahlstelle Cöthen i. Anh.

Allen reisenden Kameraden zur Kenntnis, daß eine Lokalanterstützung nicht mehr gewährt wird. [3,75 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Gadebusch i. M.

Umschauen streng verboten! Alle Kameraden haben sich erst beim Kassierer Hans Ott, Steinstr. 27, oder beim Vorsitzenden Johann Zengel, Mühlentstr. 30, zu melden. [4,50 M.] Der Vorstand.

Fremder Johannes Schenk, Leubsdorf, sende Zimmerer Willy Rehbach, Chemnitz, Zwifauer Straße 152. [3 M.]